

Dresdner Neueste Nachrichten

Heute neuer Roman
Anzeigen...
Postadresse: Dresden...
Nr. 275 / 41. Jahrgang

mit Handels- und Industrie-Zeitung
Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-N., Ferdinandstraße 4

Bezugpreise: Bei freier Zustellung durch 2,00 R.-M.
Einzelnummer 10 R.-Pf., außerhalb Groß-Dresdens 15 R.-Pf.

Mit der Beilage „Technische Umschau“
Sonntag, 25. November 1939

Sturz des französischen Kabinetts

Zunehmendes Verständnis in England — Italien tritt für Umbau des Völkerbunds ein — Neue Aktion der Deutschen Arbeitsfront

Die Lügencampagne

Wer steckt hinter den Fälschungen des „Petit Parisien“?

Der „Petit Parisien“ sagt von sich selbst, daß er die Zeitung mit der größten Auflage der Welt sei. Die letzten Tage haben bewiesen, daß es auch die verlogenste Zeitung der Welt ist. Die angeblichen „Dokumente“, die er veröffentlicht hat (vergl. die gestrige Ausgabe der D.N. — d. Red.), um Deutschlands Willen zu beweisen, gehören zu den Fälschungen, die wegen ihrer Gefährlichkeit wegen ihrer Verlogenheit einmal in der Geschichte berührt werden müssen. Es gibt eine Reihe historischer Fälschungen, die das Leben der Völker vergiftet, Kriege hervorgerufen, Verträge zerstückt, Treu und Glauben vernichtet haben. Aber es gibt nicht viele, die sich mit den „Dokumenten“ messen können, die der „Petit Parisien“ in diesen Tagen herausgegeben hat. Die zitierten Notationsmaschinen, die alljährlich die Milionenauflage dieses Boulevardblattes herausbringen, wird seit Tagen nicht mehr mit Worten, nicht mehr mit Sägen, nicht mehr mit Meinungen, sondern mit Eignen gestützt.

Die Gefährlichkeit dieser Campagne kann gar nicht groß genug eingeschätzt werden, wenn man bedenkt, in welchem schwierigen Augenblick sie über die öffentliche Meinung der Welt heringebrochen ist. Auf die Welle schwerer Frenzel- und Despropaganda, die das neue Deutschland in den ersten Wochen seines Bestehens umbrachte, war nach der großen Friedensrede, die Adolf Hitler am 17. Mai im Reichstag hielt, eine gewisse Beruhigung erfolgt. Dieser nicht mehr als eine Verhöhnung. Denn an wirklich tiefergehendem Verständnis für das neue Deutschland fehlte es nach wie vor in fast allen Ländern der Welt. Und dieses Unverständnis wurde von unsern Gegnern immer wieder dazu ausgenutzt, um im Krühen zu sitzen. Der Kampf gegen das neue Deutschland ist auf den verschiedensten Schauplätzen geführt worden. Bis schließlich unsere Feinde den Versuch unternahmen, uns am Genfer See in den Debatten der Abrüstungskonferenz eine entscheidende Niederlage beizubringen. Schon schien es, als sei es gelungen, eine mächtige Koalition gegen uns zusammenzubringen. Da kam der Tag und die Tat vom 14. Oktober: Austritt aus Völkerbund und Abrüstungskonferenz. Diese Klarheit der Entscheidung, die tief in unsere Seele, mit der Adolf Hitler in seiner Rundfunkrede vom gleichen Tage diese Tat begründete, zwang die einzelnen Glieder dieser Koalition zum Nachdenken, zur Besinnung und zu einer Entscheidung, die letzten Endes dazu führte, daß die Koalition, die nur wenige Tage, vielleicht überhaupt nur in den Ohren weniger Männer bestanden hatte, sofort zerbröckelte.

Über die Regierung Adolf Hitler begnügte sich nicht mit einer diplomatischen Aktion. Sie bot alle äußeren und inneren Kräfte auf, um das deutsche Volk in seiner Gesamtheit in den Kampf einzuschalten, den sie am 14. Oktober eröffnet hatte. Dem Vorstoß dieses Tages folgte der Sieg des 12. November. Die Worte, die der Führer der deutschen Nation und die ihm am nächsten Ständen, in jenen Wochen zu Deutschland und der Welt gesprochen hatten, begannen zu wirken und immer weitere Kreise zu ziehen. Das, was das deutsche Volk am 12. November fast einstimmig der Welt sagte, vertiefte diese Wirkung noch.

In allen europäischen Hauptstädten begannen größere Kreise, begannen Politiker und Staatsmänner, darunter auch solche, die führende Stellungen inne haben, sich auf die neue Situation einzustellen. Gerade in den letzten Tagen begann sich der Einbruch zu verzeichnen, daß die offene und friedfertige Sprache des deutschen Reichskanzlers dazu angetan sei, eine Klärung in Europa herbeizuführen. In dieser Stunde beginnender Bestimmung ist der deutsche Reichskanzler ein Ueberiges und wendete sich zum erstenmal durch den Mund eines französischen Zeitungsmannes direkt an das französische Volk und bot ihm noch einmal mit großer klarer Sprache den Frieden und die Verständigung an. In dem Augenblick aber, in dem dieses andere Pariser Millionenblatt die Worte des Kanzlers in die Strohen der französischen Hauptstadt und in die Welt hinaustrug, wurde der „Petit Parisien“ in einem Moment gegen den Frieden Europas in

Die große Klärung beginnt

Das Echo des „Matin“-Interviews in England

Telegramm untrer Korrespondenten

A. London, 24. November

Die Londoner Presse beschließt sich heute noch einmal mit dem Interview, das der Reichskanzler dem Sonderberichterstatter des „Matin“ gewährt hat. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meint, daß dieses Interview in englischen politischen und diplomatischen Kreisen einen besonders tiefen Eindruck hinterlassen habe. Durch diese Unterredung würde die

Aufnahme direkter Besprechungen zwischen Paris und Berlin scheinbar sehr beschleunigt werden, und man könne weiterhin bestimmt annehmen, daß durch dieses Interview die Annäherung zwischen den beiden Ländern wesentlich gefördert worden sei. Sehr interessant ist auch der Hinweis des Blattes, einer der energiegelassenen Befürworter einer direkten deutsch-französischen Aussprache sei der französische Vizepräsident in Berlin, François-Poncet, dessen Ansicht würde Frankreich mit dem anerkannten deutschen Regime viel eher vereinbaren treffen können, als mit allen andern früheren Regierungen. Welt mehr denn je die frühere Regierung sei die gegenwärtige deutsche in der Lage, Frankreich irgendwelche Zugeständnisse zu machen, da das ganze Volk hinter ihr stehe.

Die „Morning Post“ hat von gestern auf heute einen ganz erheblichen Wandel durchgemacht.

Während gestern ihre Kritik an dem „Matin“-Interview hart von der erneuten Veröffentlichung eines angeblichen deutschen Geheimdokuments durch den „Petit Parisien“ beeinflusst war, schreibt heute ihr diplomatischer Korrespondent, daß dieses Interview

die aufrichtige Einladung darstelle, die je einer fremden Realisierung gemacht worden sei, seitdem die Nationalsozialisten zur Macht gekommen seien. Man könne nur aufrichtig hoffen, daß diese Einladung von Frankreich nicht zurückgewiesen werde. Es sei völlig klar, daß kein Fortschritt in der Friedensorganisation oder der Abrüstungsfrage ohne eine Besserung der deutsch-französischen Beziehungen erreicht werden könne, und es sei ebenso klar, daß eine solche Besserung ohne direkte Besprechungen zwischen Berlin und Paris nicht eintreten könne.

Besonders deutschfreundlich äußert sich der liberale „Revue Chronique“.

Es könne nicht der mindeste Zweifel darüber bestehen, daß heute in allen Ländern und besonders auch in Deutschland die Bevölkerung aufrichtig den Frieden wünsche. Solange man Deutschland die Möglichkeit nach Widerankündigung unterstelle, würde man sicher nicht zu einer wirksamen Abrüstung und zu einem wahren Völkerfrieden kommen. Deutschland betrachte sich als Opfer dauernder Ungerechtigkeiten, die durch den Friedensvertrag von Versailles hervorgerufen seien. So lange die Bestimmungen des Versailler Vertrages aufrechterhalten würden, würde die deutsche Bevölkerung in all den großen Fragen sich kaum ändern. Der Friedensvertrag sei 1919 geschlossen worden. Inzwischen habe sich aber vieles ereignet, und heute seien die Umstände nicht mehr dieselben wie damals. Die Aufgabe liege darin, einige der Deutschland drückenden Bestimmungen zu beseitigen, ohne neue Bindungen zu schaffen. Die Territorialbestimmungen des Versailler Vertrages seien keineswegs unverrückbar. Als sie aufgestellt wurden, habe auch niemand daran gedacht, daß sie für die Ewigkeit sein sollten.

50000 Mark Belohnung

Für die Aufklärung der Hebe des „Petit Parisien“

Voricht untrer Berliner Redaktion

P. Berlin, 24. November

Der „Berliner Volksanwaiser“ kündigt heute an der Spitze seines Blattes an, daß der Scharf-Berlag 50000 Mark für die Klärung der vom „Petit Parisien“ betriebenen gemeinen Hebe gegen Deutschland aussetze. Das Blatt richtet an die Weltöffentlichkeit folgende Aufforderung: „Der Scharf-Berlag legt die Summe von 50000 Mark für denjenigen aus, der den einwandfreien Nachweis bringt, daß die von dem „Petit Parisien“ veröffentlichten angeblichen Instruktionen über die deutschen außenpolitischen Ziele, die angeblich an alle Auslandsvertretungen von einer Berliner Propagandastelle gegangen sein sollen, wirklich in der veröffentlichten Form und mit dem veröffentlichten Inhalt von einer verantwortlichen Stelle des Deutschen Reiches herausgegeben worden sind. Der Nachweis muß durch Vorlage des Originaldokumentes und des dazu gehörigen Materials erfolgen. Die Nachprüfung des angeblichen Dokumentes, des Materials und der Angaben von angeblichen Quellen soll durch eine neutrale Kommission erfolgen, deren Entscheidung rechtsverbindlich ist. Diese Kommission soll gebildet werden aus drei politischen Historikern, von denen einer von dem „Sümbel National des Journalistes Français“, der zweite von dem Reichsverband der Deutschen Presse und der dritte, der den Vorstoß, vom Scharf-Berlag ernannt werden. Die Verhandlungen der Kommission können unter Vorlage der Dokumente und des übrigen angeblichen Beweismaterials an einem neutralen Orte außerhalb Deutschlands stattfinden, aber den die Entscheidung von den Mitgliedern der Kommission und dem Bewerber um die ausgelagerte Summe getroffen wird.“

Vor den internationalen Ehrengerichtshof?

× Amsterdam, 24. November

Im Hinblick auf die sogenannten Entschuldigungen des „Petit Parisien“ über angebliche Instruktionen des deutschen Propagandaministeriums für seine ausländischen Agenten, die auch in Holland vielbesprochen werden, macht „Nieuw Oostindisch Handelsblad“ den Vorschlag, daß diese Angelegenheit vor den internationalen Ehrengerichtshof für Journalisten gebracht werden solle.

Das Ende Sarrauts

Telegramm untrer Korrespondenten

H. Paris, 24. November

Um 5 1/2 Uhr morgens wurde nach beinahe fünf-schneidender Debatte über den Etat das Kabinett Sarraut von der Kammer mit 321 gegen 247 Stimmen gestürzt.

Das Ereignis, das man schon seit Tagen erwartet hatte, kam schließlich ganz überraschend, denn kurz nach Mitternacht hatte bei einer ersten Abstimmung

Schweres Unglück auf der Löbnitzbahn

Auf der Kleinbahnstrecke Radebul-Radeburg

führten am Freitagvormittag eine Motorlokomotive der Reichsbahn und ein beladener Kleinbahnwagen gegeneinander. Hierbei wurden drei Reichsbahnbeamte schwer verletzt, von denen einer inzwischen gestorben ist. (Einzelheiten siehe Seite 4)

über den berühmten Punkt VI des Finanzplanes, der den Abbau der Beamtengehälter vorsieht, die Regierung noch einen Sieg mit 329 gegen 237 Stimmen davongetragen. Der frühere Ministerpräsident Derris, der zum ersten Male nach seiner langen Krankheit wieder die Rednertribüne bestieg, zog in seinen etwa dreiwertelstündigen Redeführungen alle Register seiner Beredsamkeit, um das Kabinett zu verteidigen. In pathetischen Worten erinnerte Derris die Abgeordneten an ihre Pflicht gegen das Vaterland. Wenn das Sanierungsprogramm schließlich auch keinen Entschluß auslösen könne, denn es sei ein Programm der Opfer und der Einschränkungen, so sei es doch notwendig. Der Ministerpräsident Sarraut erklärte, man verlange von ihm eine Verpflüchtung über die Einführung der 40-Stunden-Woche und die Festsetzung eines allgemein verbindlichen Mindestlohnes auch in der Privatwirtschaft. Das seien zwei Fragen, die nicht über das Amt gestochen werden könnten. Man könne aber beide später mit Rücksicht lösen, wenn das Arbeitsbeschaffungsprogramm zur Debatte steht. Was er heute von der Kammer fordere, sei die Antwort auf die Frage, ob sich denn nicht 300 Abgeordnete fänden, die bereit seien, auf die

Gefahr einer vorübergehenden Unpopulärität

Sin die häufige Ausnutzung des Goldbestandes der Bank von Frankreich und der Kassenbestände der Tresors sowie die ewige Bedrohung des Staatkreditrisiko zu verhindern. Dann schritt man zur Abstimmung. Das erste heftige Wort über die allgemeine Annahme oder Ablehnung des Abbaus der Beamtengehälter überwand die Regierung glänzend mit 329 gegen 237 Stimmen. Alles schien in Ordnung.

Ganz unerwartet kam aber kurz darauf ein entscheidender Zwischenfall.

mit dem niemand mehr gerechnet hatte. Der Sozialist Gouin stellte den Abänderungsantrag, daß der Abbau der Beamtengehälter erst bei 12000 Franken Jahresbeinkommen beginnen solle. Nach kurzer Beratung mit seinem Budgetminister erklärte sich Sarraut zu einem Kompromiß bereit: Man wolle den Abbau bei 11000 Franken beginnen. Gouin aber blieb hartnäckig. Sarraut aber stellte die Vertrauensfrage und die Kammer begann die Abstimmung. Nach zehn Minuten der Zwischenfall richtig ernst. Als die Abstimmung aber bekanntgegeben wurde, als die Regierung mit 321 gegen 247 Stimmen über diese wichtige Meinungsverschiedenheit gestürzt war, wertete das Parlament erst, was es angerichtet hatte. Der Sturz des Kabinetts Sarraut stellt natürlich

Keine Öffnung der innenpolitischen Streitfragen

dar. Vorläufig kann auch noch niemand angeben, wer in die Nachfolge Sarrauts treten werde, nachdem sowohl Derris wie auch Sarraut selbst deutlich genug erklärt haben, daß die Modifizierte Partei sich nicht wieder für die Regierung aufstellen werde. Man muß daher es den nächsten Tagen abwarten, welchen Ausgang die Krise nehmen wird. Auf jeden Fall muß eins schon gleich festgestellt werden, daß der Sturz der Regierung Sarraut in der Außenpolitik Frankreichs nicht das geringste ändern wird.